

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Doha-Runde der Welthandelsorganisation und das Treffen der EU-Handelsminister am 22. Juli 2007 in Brüssel

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Stand der Doha-Runde	1
1. Ausgangslage im Jahr 2006 vor Wiederaufnahme der Verhandlungen	1
2. Wiederaufnahme der Verhandlungen während der Deutschen EU-Präsidentschaft (Januar bis Juni 2007)	2
3. Kompromisspapiere zu Landwirtschaft und Industriegütern (NAMA) vom 17. Juli 2007 ..	3
4. Dienstleistungsverhandlungen	4
5. Wertung und Ausblick	4
II. Informelles Treffen der EU-Handelsminister am 22. Juli 2007 in Brüssel	4
1. Stand und Aussichten der Doha-Runde	5
2. Handelspolitischer Beitrag zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit	5

I. Stand der Doha-Runde

Der Schwerpunkt der Doha-Runde liegt nach den ergebnislosen Gesprächen im Kreis der G4/G6 (EU, USA, Brasilien, Indien + Japan, Australien) nunmehr wieder auf den multilateralen Verhandlungen bei der WTO in Genf. Die aktuelle Diskussion betrifft die am 17. Juli 2007 von den Vorsitzenden der Verhandlungsgruppen Landwirtschaft (Crawford Falconer, NZL) und Industriegüter (Donald Stephenson, CAN) vorgelegten Kompromisspapiere, in denen mögliche „Landezonen“ für eine Einigung auf die einzelnen Modalitäten vorschattiert werden.

Beide Texte wurden in der Sitzung der EU-Handelsminister in Anwesenheit von EU-Handelskommissar Peter Mandelson am 22. Juli 2007 in Brüssel diskutiert (vgl. unter II). Trotz Unzufriedenheit über verschiedene Vorschläge – insbesondere zum Agrarmarktzugang – unterstützten die EU-Mitgliedstaaten die Kommission darin, auf Grundlage der Texte konstruktiv zu verhandeln.

In der letzten Sitzung des WTO-Hauptverhandlungsausschusses (Trade Negotiations Committee) vor der Sommerpause am 26. Juli 2007 äußerten alle WTO-Mitglieder die grundsätzliche Bereitschaft, die Verhandlungen im Herbst auf Basis des neuen Agrartextes fortzuführen, bei dem Text zu Industriegütern wurde dies einzig von Venezuela, Bolivien und Argentinien explizit abgelehnt. Nach derzeitigen Planungen sollen in Genf die Landwirtschaftsverhandlungen am 3. September 2007 und die Industriegüterverhandlungen in der zweiten Septemberwoche wieder aufgenommen werden. Frühestens für Ende September sind erneut revidierte Textfassungen zu erwarten.

1. Ausgangslage im Jahr 2006 vor Wiederaufnahme der Verhandlungen

In der WTO-Ministererklärung von Hongkong vom 18. Dezember 2005 wurde festgelegt, dass eine Einigung über Modalitäten bei Landwirtschaft und Industriegütern (NAMA = Non Agricultural Market Access) bis zum 30. April 2006 erfolgen sollte. Zudem sollte eine Balance (ein „vergleichbar hohes Ehrgeizniveau“) zwischen dem angestrebten Marktzugang im Agrarbereich und bei den Industriezöllen angestrebt werden.

Aufgrund schwieriger Verhandlungen rund um das „Problemdreieck“ Agrarmarktzugang, Abbau der internen Landwirtschaftssubventionen und Zollsenkungen für Industriegüter konnte der Termin Ende April 2006 nicht eingehalten werden. Die Verhandlungsgruppenvorsitzen-

den erstellten Mitte Juni Papiere mit Übersichten über die divergierenden Verhandlungspositionen bei Landwirtschaft und Industriegütern. Ein Treffen auf Ministerebene vom 28. Juni bis zum 2. Juli 2006 in Genf auf Grundlage dieser Papiere führte jedoch nicht zu der erhofften Einigung.

Im Rahmen des G8-Gipfels am 16./17. Juli 2006 in St. Petersburg forderten die G8 in ihrer Handelserklärung dazu auf, die Einigung nunmehr bis Mitte August 2006 nachzuholen. Dabei spielte Deutschland eine herausragende Rolle, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel betonte in ihrem Redebeitrag, dass alle Parteien weitere Flexibilität zeigen müssten.

Die darauf folgenden Gespräche im Kreis der G6 (EU, USA, Brasilien, Indien, Japan, Australien) verliefen ohne eine Annäherung bei den streitigen Kernfragen. Am 24. Juli 2006 erklärte WTO-Generaldirektor (GD) Pascal Lamy schließlich das vorläufige Aussetzen der Doha-Runde. Der Allgemeine Rat der WTO nahm am 27. Juli 2006 die De-facto-Unterbrechung der Verhandlungen zur Kenntnis; ein formeller Beschluss wurde vermieden, um die Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht zu erschweren (vgl. hierzu Bericht der Bundesregierung vom 15. August 2006, Bundestagsdrucksache 16/2410).

Nach zahlreichen öffentlichen Aufrufen zur Fortsetzung der Verhandlungen (u. a. G20, G7-Finanzminister, IWF, Cairns-Gruppe) beschlossen die WTO-Mitglieder auf Anregung von WTO-GD Pascal Lamy am 16. November 2006, den Vorsitzenden der Verhandlungsgruppen nach eigenem Ermessen wieder (technische) Gespräche zu ermöglichen. Bereits im November/Dezember 2006 fanden diverse „Transparenzsitzungen“ und „Kamingespräche“ mit einzelnen WTO-Mitgliedern und Gruppen statt.

2. Wiederaufnahme der Verhandlungen während der Deutschen EU-Präsidentschaft (Januar bis Juni 2007)

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Doha-Runde war ein wichtiges handelspolitisches Anliegen der Bundesregierung und wurde bereits ab Herbst 2006 durch zahlreiche Initiativen und informelle Gespräche intensiv verfolgt. Die Doha-Runde war gleichfalls ein Schwerpunkt für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel traf unmittelbar zu Beginn der Präsidentschaft mit US-Präsident George W. Bush in Washington am 4. Januar 2007 zusammen und verständigte sich auf gemeinsame Bemühungen zur Fortsetzung der Doha-Runde. Auch der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, und weitere Mitglieder der Bundesregierung führten in der Folge zahlreiche konstruktive Gespräche mit anderen WTO-Mitgliedern in der Zielsetzung, den Weg für einen Wiederbeginn von Verhandlungen zu ebneten.

Am 27. Januar 2007 bekräftigten rd. 30 Handelsminister der WTO bei einem Treffen am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos die Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Substanzverhandlungen. Auf dieser Grundlage bestätigte WTO-GD Pascal Lamy vor dem

Allgemeinen Rat der WTO am 7. Februar 2007 die offizielle Wiederaufnahme der Doha-Runde.

Beim informellen Treffen der EU-Handelsminister am 11. Februar 2007 in Brüssel unter Vorsitz von Bundesminister Michael Glos begrüßten alle EU-Mitgliedstaaten die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Genf und sprachen sich für ein ehrgeiziges und ausgewogenes Ergebnis über alle Verhandlungsbereiche aus. Unabhängig von den geplanten EU-Freihandelsabkommen mit Indien, ASEAN und Südkorea betonten die Handelsminister die fortbestehende Priorität der Doha-Runde.

Nach der offiziellen Wiederaufnahme der Verhandlungen konzentrierte sich das Geschehen zunächst auf Gespräche der G6-Staaten (EU, USA, BRA, IND; JAP, AUS), die in unterschiedlichen Formaten zusammentrafen, um die Verhandlungen voranzubringen. In der Sitzung vom 10. bis 12. April 2007 in Neu-Delhi bekräftigten die G6-Handelsminister in einem Kommuniqué das Ziel, die G4/G6-Gespräche zu intensivieren und die Doha-Runde bis Ende 2007 abzuschließen. Dabei einigten sich die G6 inoffiziell, bis Mitte/Ende Juni eine Einigung bei den Kernmodalitäten („Konvergenz“) und anschließend die Multilateralisierung des Ergebnisses in Genf („Durchbruch“) anzustreben. Bei dem darauf folgenden G4-Ministertreffen in Val Duchesse am 17./18. Mai 2007 wurden die Bereiche Agrar und NAMA, aber auch Dienstleistungen und Regeln diskutiert, ohne allerdings Fortschritte in der Substanz zu erzielen.

Am 8. Juni 2007 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der G8 bei dem Gipfel in Heiligendamm auf Initiative von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel eine Erklärung zum Handel, in der sie alle WTO-Mitglieder zu weiterer Flexibilität aufriefen, um die Verhandlungen zügig zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Die G8 bekräftigten zudem ihre Erwartung, dass die Verhandlungsteilnehmer zugleich alle erforderlichen Anstrengungen in den Verhandlungsgruppen in Genf unternehmen würden, um einen baldigen Durchbruch zu ermöglichen.

Bei dem letzten G4-Treffen ab dem 19. Juni 2007 in Potsdam (Cecilienhof) trat Deutschland auf Bitte der EU-Kommission als Gastgeber auf. Das Treffen wurde am 21. Juni 2007 vorzeitig abgebrochen, da die Positionen von EU und USA einerseits und Brasilien und Indien andererseits bei der Frage der Senkung der Zölle für Industriegüter noch zu weit divergierten. Nach dem Scheitern dieser Gespräche im G4-Format betonten allerdings sowohl die Beteiligten als auch WTO-GD Pascal Lamy, dass nunmehr erneut der Fokus auf den multilateralen Verhandlungen in Genf liegen müsse.

Parallel zu den Gesprächen im Kreis der G4/G6 fanden bereits seit März 2007 in Genf die Sitzungen der WTO-Verhandlungsgruppen statt. Der Vorsitzende der Verhandlungsgruppe Landwirtschaft, Crawford Falconer, legte am 30. April und 25. Mai 2007 in 2 Abschnitten sein „Hard Talk Paper“ mit möglichen Zielkorridoren vor, die jedoch sowohl von den USA als auch von der EU zurückgewiesen wurden.

3. Kompromisspapiere zu Landwirtschaft und Industriegütern (NAMA) vom 17. Juli 2007

Am 17. Juli 2007 legten die Vorsitzenden der Verhandlungsgruppen Landwirtschaft und Industriegüter zeitgleich neue Kompromisspapiere vor.

NAMA-Text

Inhaltlich geht es bei den NAMA-Modalitäten um Eckpunkte, auf deren Basis die konkreten Marktöffnungsverpflichtungen der WTO-Mitglieder ermittelt werden. NAMA-Modalitäten betreffen insbesondere die Struktur der Zollsenkungsformel und die darin festzulegenden Koeffizienten, die im Zusammenhang mit dem in der WTO gebundenen Ausgangszoll das Maß der Zollsenkungen bestimmen, Flexibilität für Entwicklungsländer (u. a. Umsetzungsfristen, Ausnahmen von der Zollsenkung) sowie die Behandlung von Sondergruppen von Entwicklungsländern (kleine und verletzte Volkswirtschaften (SVE), kürzlich beigetretene WTO-Mitglieder (RAM)).

Hinsichtlich der Formel ist der Vorschlag des Vorsitzenden hervorzuheben, die von der EU favorisierte einfache Schweizer Formel mit 2 Koeffizienten (einem niedrigen für Industrie- und einem höheren für Entwicklungsländer) als Grundlage zu nehmen, nach der gemäß dem Doha-Mandat höhere Zölle stärker gesenkt werden als niedrige. Dabei wird für Entwicklungsländer ein Koeffizient von 19 bis 23 und für Industrieländer ein Koeffizient von 8 bis 9 vorgeschlagen. Die Formel soll grundsätzlich für alle gebundenen Tariflinien ohne Ausnahmen gelten.

Wie bereits in früheren Papieren vorgeschlagen, können Entwicklungsländer für 10 Prozent ihrer Tariflinien eine nur halbe Zollsenkung nach der Formelanwendung vornehmen, wenn diese im Industriegüterbereich nicht mehr als 10 Prozent des Importvolumens ausmachen. Alternativ können Entwicklungsländer für 5 Prozent der Tariflinien keine Zollsenkungen vornehmen, wenn diese im Industriegüterbereich nicht mehr als 5 Prozent des Importvolumens ausmachen. Sofern die erstgenannten Alternativen für Ausnahmen nicht genutzt werden, kann dieses Entwicklungsland (als neues Element) eine Erhöhung des Koeffizienten um 3 Prozentpunkte bei der Anwendung der Formel erhalten.

Sektorabkommen werden zwar als weiteres Schlüsselement angesehen, die Teilnahme ist jedoch für alle WTO-Mitglieder freiwillig.

Weitere Themen sind nichttarifäre Handelshemmnisse (NTB), Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau, Präferenzen und Umweltgüter.

AGRAR-Text

Bei den landwirtschaftlichen Modalitäten umfassen die politischen Kernfragen beim Agrarmarktzugang die Abgrenzung der vier Zollbänder, die Höhe des Zollabbaus in den Bändern, die Zahl und Behandlung sensibler Produkte, die Fortführung der besonderen Schutzklausel, die Sonderregelungen für Entwicklungsländer (Ausnahmeregelungen für spezielle Produkte, spezieller Schutzme-

chanismus), Regelungen zur Kürzung der internen Agrarsubventionen sowie die Durchführung des grundsätzlich bereits vereinbarten Abbaus aller Formen von Exportsubventionen.

Der nur noch mit wenigen eckigen Klammern versehene, aber noch nicht alle Verhandlungsthemen umfassend abdeckende neue Text baut auf dem Klartext-Papier von Juni 2006 auf und berücksichtigt dabei die im multilateralen und im G4-Prozess ausgeloteten Kompromisslinien.

Beim Agrarmarktzugang sollen die Formelkürzungen in 4 Bändern mit den Schwellen des G20-Vorschlags linear erfolgen (bis 20 Prozent, 20 bis 50 Prozent, 50 bis 75 Prozent und >75 Prozent). Die Kürzungsalternativen für die einzelnen Bänder liegen bei 48/52 Prozent, 55/60 Prozent, 62/65 Prozent und schließlich 66/73 Prozent für das oberste Band. Auf Basis des 8-stelligen Zollcodes dürfen 4 Prozent bis 6 Prozent der Zolllinien als „sensibel“ eingestuft werden. Die Zollsenkungen für „sensible Produkte“ dürfen dabei $\frac{1}{3}$ oder $\frac{2}{3}$ von der regulären Kürzung nach unten abweichen. Die parallel dazu vorzunehmende kompensierende Quotenausdehnung soll je nach Abweichung von der Normalkürzung und Verhandlungsergebnis 3 bis 5 Prozent des internen Verbrauchs betragen.

Bei der gesamten handelsverzerrenden Stützung (nicht exportorientierte Subventionen) werden für Länder mit einer Stützung von mehr als 60 Mrd. USD (nur die EU) Kürzungen von 75/85 Prozent vorgeschlagen. Bei einer Stützung von 10 bis 60 Mrd. USD (USA/Japan) sollen die Subventionen alternativ um 66/73 Prozent gekürzt werden, für die übrigen Länder soll eine Kürzung von 50/60 Prozent erfolgen. Industrieländer mit einem Stützungsniveau über 40 Prozent des Agrarproduktionswertes (Japan) sollen zusätzliche Kürzungen erbringen.

Im Bereich des Exportwettbewerbs kommen insbesondere die Vorschläge zur Nahrungsmittelhilfe den Vorstellungen der EU – mit Blick auf den parallelen Abbau aller Exportsubventionen – entgegen. Sie sind deutlich klarer als bisher, wenn auch noch nicht alle Schlupflöcher geschlossen sind: Alle Formen von Nahrungsmittelhilfe sollen bedarfsbezogen, vollständig geschenkt, ungebunden und nicht an Marktentwicklungsziele im Geberland geknüpft sein. Nahrungsmittelhilfe soll nicht aus ökonomischen Gründen reexportiert werden dürfen, darf die lokalen Märkte nicht stören und sollte nach Möglichkeit in der Region erworben werden. Lieferungen im Rahmen der in Hongkong beschlossenen „Safe Box“ sollen nur in einem von Geber- oder Empfängerland, einer UN-Organisation und ggf. auch einer Nichtregierungsorganisation (NGO) erklärten Notfall erfolgen können, dem eine Bewertung des Bedarfs zu folgen hat.

Weiteres Prozedere

Die neuen WTO-Texte wurden am 22. Juli 2007 bei einer Sitzung der EU-Handelsminister in Brüssel diskutiert (vgl. im Einzelnen unter II). Auf dieser Basis begrüßte die EU in einer ersten Reaktion in Genf die Texte als einen

nützlichen Schritt in den Verhandlungen, wies aber auch auf Schwierigkeiten mit einzelnen Vorschlägen und noch fehlende Modalitätenelemente hin. Zudem forderte EU-Kommissar Peter Mandelson am 24. Juli 2007 in einem Schreiben an WTO-GD Pascal Lamy, auch in anderen Verhandlungsbereichen wie Dienstleistungen, Regeln, Handelserleichterung, Geographische Herkunftsangaben und Umwelt auf Fortschritte hinzuwirken. Eine Einigung über die Modalitäten für Landwirtschaft und Industriegüter müsse aus Sicht der EU mit Fortschritten in den anderen Bereichen verknüpft werden.

Auch in den Sitzungen der Verhandlungsgruppen in Genf in der Woche vom 23. Juli sowie der abschließenden Sitzung des WTO-Hauptverhandlungsausschusses (Trade Negotiations Committee, TNC) am 26. Juli 2007 wurden die Kompromisstexte erwartungsgemäß von allen Seiten als nachbesserungsbedürftig kritisiert, allerdings von der breiten Mehrheit als weitere Verhandlungsbasis akzeptiert. Allein Argentinien, Bolivien und Venezuela lehnten zukünftige Verhandlungen auf der Basis des NAMA-Textes ab. WTO-GD Pascal Lamy forderte die WTO-Mitglieder auf, ihre Positionen in der Sommerpause zu überdenken. Er rechne mit einer intensiven neuen Verhandlungsphase im kommenden Herbst. Trotz aller unterschiedlichen Meinungen sehe er die für einen Abschluss der Verhandlungen erforderliche Annäherung in greifbarer Nähe. Der Abstand zwischen den einzelnen Positionen sei nicht groß, die Überwindung erfordere aber von allen Seiten eine zusätzliche Anstrengung.

Nach derzeitigen Planungen sollen die Verhandlungen über den Agrar-Text am 3. September wieder aufgenommen werden. NAMA wird voraussichtlich in der zweiten Septemberwoche folgen. Überarbeitete Texte sind frühestens für Ende September 2007 zu erwarten.

4. Dienstleistungsverhandlungen

Die Dienstleistungsverhandlungen laufen als dritte große Säule parallel zu den Landwirtschafts- und NAMA-Verhandlungen. Seit 2006 werden die üblicherweise bilaterale durchgeführten Verhandlungen durch eine plurilaterale Komponente ergänzt. Dabei verhandeln in rd. 20 wichtigen Dienstleistungssektoren jeweils zwischen 20 und 40 WTO-Mitglieder, die gemessen am Weltmarktanteil eine „kritische Masse“ darstellen. Etwaige Vereinbarungen zu weiterer Marktöffnung würden nach dem Meistbegünstigungsprinzip auch gegenüber denjenigen WTO-Mitgliedern gelten, die nicht selbst an den Verhandlungen teilgenommen haben. Die plurilaterale Verhandlungsform wird allseits als positive Ergänzung gesehen. In einzelnen Sektoren gab es Signale einiger WTO-Mitglieder für Bewegungsbereitschaft. Die Verhandlungen werden Mitte September fortgesetzt. Wenn und sobald sich ein Kompromiss bei Agrar und NAMA abzeichnet, wird es darum gehen, einen Termin für den Austausch neuer Marktöffnungsangebote zu vereinbaren. Nach den Vorstellungen der EU sollte dies verbunden werden mit politisch belastbaren Marktöffnungszusagen wichtiger WTO-Partner.

5. Wertung und Ausblick

Nach Unterbrechung der Verhandlungen Mitte letzten Jahres ist es auch dank der Initiativen der deutschen Präsidentschaft gelungen, die Verhandlungen im ersten Halbjahr 2007 intensiv fortzuführen und weitere Annäherungen zu erzielen. Eine Einigung in wichtigen Kernfragen steht aber weiterhin aus. Die EU hat in diesem Verhandlungsprozess eine konstruktive Rolle eingenommen und maßgeblich zur Weiterführung der Verhandlungen beigetragen. Ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde mit einem ehrgeizigen und ausgewogenen Ergebnis bleibt oberstes Ziel der Handelspolitik für die EU. Die Bundesregierung unterstützt dies – bei einer Gesamtschau unter Abwägung von Vorteilen und Nachteilen über alle Verhandlungsbereiche – angesichts der enormen wirtschaftlichen Bedeutung der Verhandlungen für die exportorientierte deutsche Wirtschaft und mit Blick auf die schon erzielten Verständigungen in wichtigen Teilfragen insbesondere im Interesse der Entwicklungsländer. Die Stärkung des multilateralen Handelssystems und die verbesserte wirtschaftspolitische Integration von Entwicklungs- und Schwellenländern leisten auch einen wichtigen Beitrag zu internationaler Stabilität und Sicherheit.

Die beiden jetzt vorliegenden Verhandlungspapiere sind aus Sicht der Bundesregierung ein wichtiger Schritt zur Fortführung der multilateralen Verhandlungen. Diese Verhandlungen werden vermutlich auf absehbare Zeit die letzte Chance sein, die Doha-Runde zu einem erfolgreichen und zügigen Abschluss zu bringen, bevor kommende Wahlen wieder zu einer möglichen politischen Stagnation führen.

Die Bundesregierung appellierte im Anschluss an die Sitzung des TNC an die WTO-Mitglieder, die neue Verhandlungsdynamik und damit die Chance zum baldigen Abschluss der laufenden Runde nicht verstreichen zu lassen. Die neuen Vorschläge der Verhandlungsgruppenvorsitzenden verlangen allen Beteiligten Kompromissbereitschaft ab, es ist daher nunmehr die Aufgabe der WTO-Mitglieder, auf dieser Basis konstruktiv über noch bestehende Differenzen zu verhandeln. Neben den sich bislang ablehnend äußernden Entwicklungsländern liegt auch ein besonderer Fokus auf den USA. Die derzeitige Neuregelung der US-Landwirtschaftsgesetzgebung (Farm Bill) und die Verlängerung/Erneuerung der Handlungsvollmacht des US-Präsidenten (Trade Promotion Authority) können den weiteren Verlauf der Verhandlungen maßgeblich beeinflussen.

Es wird zudem wichtig sein, im Herbst auch in den anderen Verhandlungsbereichen weitere Fortschritte in Form von ersten Textentwürfen oder zeitlichen Zielvorgaben zu erzielen, denn letztlich ist die Einigung über das „Doha-Gesamtpaket“ entscheidend.

II. Informelles Treffen der EU-Handelsminister am 22. Juli 2007 in Brüssel

Am 22. Juli 2007 diskutierten die Handelsminister der EU-Mitgliedstaaten und EU-Handelskommissar Peter Mandelson unter Vorsitz der portugiesischen Präsident-

schaft die Situation der Doha-Runde und Elemente der Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der EU. Die deutsche Delegation wurde durch den Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Dr. Bernd Pfaffenbach, geleitet.

1. Stand und Aussichten der Doha-Runde

EU-Kommissar Peter Mandelson betonte, dass für die Kommission die Doha-Runde die handelspolitische Priorität bleibe. Die Chance, den größten Handelsabschluss aller Zeiten zu tätigen, dürfe man nicht leichtfertig verstreichen lassen. Die EU befinde sich gegenwärtig in einer guten Position. Sie sei weder zu sehr defensiv noch blocke sie an irgendeiner Stelle die Verhandlungen. Durch die neuen Papiere der Verhandlungsgruppenvorsitzenden in Genf sei der Weg für weitere Verhandlungen jetzt geöffnet. Eine Hoffnung auf einen erfolgreichen Abschluss der Runde bestehe daher weiterhin.

Die Kommission trete bei NAMA für einen „ambitionierteren“ Koeffizienten für Entwicklungsländer ein. Man sei mit dem Papier des Verhandlungsgruppenvorsitzenden Donald Stephenson zu NAMA nicht in allen Bereichen einverstanden, aber die Verhandlungen begännen, sich in die richtige Richtung zu bewegen. Die Kommission werde gemeinsam mit den USA weiterhin sehr hart in Richtung eines substantiellen NAMA-Ergebnisses zur Verbesserung des Marktzugangs für Industriegüter verhandeln.

Besondere Schwierigkeiten im Agrarpapier bereiteten der Kommission die Regelungen zu sensiblen Produkten und zu Zollkontingenten. Im Gegensatz zur EU würden von Indien so gut wie keine Konzessionen im Landwirtschaftsbereich verlangt. Für die Kommission bleibt ein Ergebnis zu geographischen Herkunftsangaben (GI) ein „Muss“ in einem Verhandlungsergebnis. Bei den anstehenden Verhandlungen in Genf werde die Kommission zudem auf Fortschritte auch auf den anderen Gebieten, wie Handelserleichterungen, Dienstleistungen und Regeln drängen. Sie werde darüber hinaus die Sommerzeit nutzen, um in Kontakten mit anderen WTO-Mitgliedern intensiv auf ihre Punkte hinzuweisen, um vor allem die Entwicklungsländer in Richtung eines ausgewogenen Ergebnisses zu aktivieren.

In der darauf folgenden Debatte betonte Deutschland, dass die Festlegung auf die Schweizer Formel im Bereich NAMA ein wichtiges Zwischenergebnis sei. Die Kommission müsse nun hart verhandeln, um effektiven Marktzugang zu erreichen. Eine sehr ehrgeizige Senkung der Zölle für Industriegüter von Seiten der Industrieländer könne nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn auch von den Schwellenländern eine sichtbare Bewegung erfolge. Insofern könne das jetzige Papier nur eine Grundlage für weitere Verhandlungen bieten.

Die Vorschläge im Agrarpapier müssten sehr sorgfältig analysiert und gemeinsam mit der Kommission im Detail auf Expertenebene geprüft werden. Deutschland unterstütze zudem eine konstruktive Verhandlungsführung der Kommission. Wichtig sei weiterhin Kompromissbereit-

schaft von allen Seiten und keine Verhärtung der vorhandenen Verhandlungspositionen.

Einzelne Mitgliedstaaten nahmen gegenüber dem Agrarpapier eine sehr kritische Haltung ein und forderten die Kommission auf, ihr Verhandlungsmandat nicht zu überschreiten. Die übrigen Mitgliedstaaten unterstützten die Kommission bei ihrem Verhandlungsansatz und wiesen ebenso wie andere auf die Notwendigkeit eines ehrgeizigen NAMA-Ergebnisses und Nachbesserungen im Agrarbereich hin.

EU-Kommissar Peter Mandelson dankte den Mitgliedstaaten ausdrücklich für die einmütige Unterstützung und versprach Transparenz in den weiteren Verhandlungen. Die Kommission werde sich bemühen, eine Balance über alle Verhandlungsbereiche zu erreichen. Man habe heute aus der Debatte klare Vorgaben erhalten, die man nun in Genf umzusetzen versuche. Insbesondere werde die Kommission die sensiblen Produkte und eine möglichst begrenzte Ausweitung der Zolltarifquoten in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen.

Insgesamt seien die Unterschiede zwischen den Verhandlungspositionen nicht mehr sehr groß, dennoch sei es unklar, ob ein Erfolg bis Ende des Jahres erreicht werden könne. Ein Scheitern der Doha-Runde würde eine Schwächung multilateraler Verhandlungen insgesamt nach sich ziehen und somit auch Ausstrahlung auf andere Verhandlungsfelder wie beispielsweise Kyoto-Nachfolgeabkommen haben. Es bleibe daher in Genf noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

2. Handelspolitischer Beitrag zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit

EU-Kommissar Peter Mandelson stellte fest, dass die Handelspolitik der EU sich auf die globale Agenda eingestellt habe. Neben der Doha-Runde verfolge die EU mittlerweile auch bilaterale Freihandelsabkommen mit wichtigen Schlüsselländern. Man hoffe, mit Südkorea noch im Jahr 2007 mit den Verhandlungen weit voranzuschreiten und mit Indien ggf. im Jahr 2008 zu Ergebnissen zu gelangen. Auch das Abkommen mit dem Golfkooperationsrat stünde kurz vor dem Abschluss.

Zur Grünbuch-Diskussion über die handelspolitischen Schutzinstrumente lobte der EU-Kommissar die aktive Beteiligung von Mitgliedstaaten und Beteiligten in der Wirtschaft. Man habe 500 Antworten auf die Fragen des Grünbuchs bekommen. Die Auswertung habe ergeben, dass keine grundlegende Überholung des Systems notwendig sei. Die Kommission werde daher in Kürze Vorschläge machen, die lediglich eine Adjustierung des gegenwärtigen Systems vorsehen würden und in ihrer Auswirkung begrenzt seien. Mit ihren Vorschlägen werde die Kommission unmittelbar nach der Sommerpause das Kollegium und danach die Mitgliedstaaten befragen.

Zu den Wirtschaftspartnerschaftsverhandlungen mit den AKP-Ländern bemerkte EU-Kommissar Peter Mandelson, dass er jetzt mehr Hoffnung als noch zu Beginn des Jahres habe, dass ein Abschluss wie vorgesehen bis Ende 2007 erreichbar sei.

Im Verhältnis zum Handelspartner China habe man viel zu gewinnen, aber auch viel zu verlieren. Man müsse die Partnerschaft mit China weiter pflegen und ein offenes und ausgewogenes Verhältnis anstreben. Problematisch sei gegenwärtig das wachsende Handelsbilanzdefizit, auf dem letzten Gipfeltreffen EU–China habe man aber hochrangige Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit einem Abbau dieses Defizits beschäftigten. Die Kommission verfolge nicht nur in China, sondern weltweit zusammen mit ihren europäischen Mitgliedstaaten einen neuen Ansatz der Marktzugangspartnerschaft. Gemeinsam wolle man dafür sorgen, in Drittmärkten Handelshemmnisse zu identifizieren und durch gemeinsamen Druck abzubauen.

Bei den chinesischen Textilexporten plädierte EU-Kommissar Peter Mandelson für einen sanften Übergang. Das bestehende Memorandum of Understanding (MoU) habe sich bewährt. Eine Verlängerung sei seitens der Kommission nicht beabsichtigt. Die Kommission wolle aber im Kontakt mit China dafür sorgen, dass abrupte Entwick-

lungen unterblieben und nicht – wie 2005 – plötzliche Importwellen auf die EU zukämen.

In der anschließenden Aussprache gab es ein gemischtes Bild: Einzelne Mitgliedstaaten forderten Maßnahmen, damit keine neue Welle von Textileinfuhren aus China über die EU hereinbreche, und sprachen sich für eine einseitige Verlängerung der Quoten aus. Dagegen lehnten andere Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, neue Quoten als rechtlich und faktisch problematisch ab.

EU-Kommissar Peter Mandelson stellte als Ergebnis fest, dass in der Gemeinschaft ein Konsens über die handelspolitische Antwort auf die Globalisierung durch Offenheit und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bestehe. Kein Konsens bestehe dagegen über die einseitige Ausdehnung von Quoten für Textileinfuhren aus China über 2007 hinaus. Um einen sanften und ordnungsgemäßen Übergang zu gewährleisten, werde die Kommission jedoch mit China weiter über das doppelte Monitoring und Überwachungssystem verhandeln.

